



Souveränität aus eigener Stärke – Eckpfeiler einer neuen China-Politik

Positionspapier der
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Beschluss vom 18. April 2023

Übersicht

I.	Einleitung: Für einen nationalen Konsens in der China-Politik.....	3
II.	Kurzanalyse: China hat sich verändert.....	7
	Ziel einer sinozentrischen Weltordnung.....	7
	Wirtschaftliche, technologische und politische Abhängigkeiten als geostrategisches Instrument.....	8
	Territoriale Ambitionen und militärische Drohungen.....	9
	Ein nach außen starkes China mit großen Herausforderungen im Inneren	10
III.	Schlussfolgerungen:	12
1.	Eckpfeiler einer neuen China-Politik	12
	Europäischer und transatlantischer Rahmen	13
	Stärke des Rechts	14
	Sicherheit durch und im Handel	16
	Resilienz von Wirtschaft und Infrastruktur, Umwelt und Klima	20
	Agenda für Souveränität und Wettbewerbsfähigkeit.....	23
	Freiheit in Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft	25
2.	Strukturelle Veränderungen in der Bundesregierung zur Umsetzung einer neuen China-Politik.....	27

I. Einleitung:

Für einen nationalen Konsens in der China-Politik

Der Aufstieg des kommunistischen Chinas ist die zentrale, epochale Herausforderung des 21. Jahrhunderts für alle Staaten, die die regelbasierte internationale Ordnung erhalten, stärken und stützen wollen. Diese Ordnung regelt das friedliche Zusammenleben zwischen Staaten, ihren Austausch und Handel, sie setzt einen Friedensrahmen und bietet Schutz für Freiheit, Demokratie, Wohlstand und Menschenrechte. Sich dieser Herausforderung eines Systemwettbewerbs mit China, das die nach Freiheit strebende und auf universellen Menschenrechten und Völkerrecht basierende Ordnung in ihrer Wirkmacht einschränken möchte, in all seiner Komplexität zu stellen und dabei unsere Interessen und Werte zu verteidigen und zu stärken, ist eine zentrale Aufgabe für die gesamte deutsche und europäische Politik.

Deutschland braucht zum Umgang mit China einen nationalen Konsens über die Grenzen aller demokratischen Parteien und Fraktionen hinweg. Der strategisch richtige Umgang mit China ist eine Aufgabe, die über diese oder die nächste Legislaturperiode hinausweist. Diese Frage wird nicht nur die 20er-Jahre prägen. Deswegen ist eine deutsche China-Strategie keine parteipolitische Frage. Die Union ist bereit, mit der Bundesregierung zur Wahrung und Stärkung unserer Wettbewerbsfähigkeit, Sicherheit und Souveränität im Verhältnis zu China einen nationalen Konsens gemeinsam zu erarbeiten. So können wir aus einer Position der Einigkeit und der eigenen Stärke heraus agieren, und eine kohärente, nachhaltige und ganzheitliche Strategie der Bundes-, Landes- und Kommunalebene im Sinne eines „whole-of-government-approach“ erreichen. Ein solcher umfassender Ansatz ist auch und gerade im Hinblick auf den Schutz unserer kritischen Infrastruktur rasch erforderlich. Dieser nationale Konsens muss dabei in die Nationale Sicherheitsstrategie einerseits und in eine europäische China-Strategie andererseits eingebettet und eng mit unseren transatlantischen Verbündeten und Partnern im indo-pazifischen Raum abgestimmt werden. Denn nur gemeinsam mit unseren Partnern werden wir angesichts der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Größe Chinas die Kraft und Stärke haben, im System- und Technologiewettbewerb bestehen zu können. Wir können dies aus einer Position der Stärke mit Selbstbewusstsein umsetzen. Auch die Pandemie hat im Vergleich zur chinesischen Ein-Parteien-Diktatur gezeigt: Demokratien können besser für die Menschen liefern. Chinas Coronapolitik ist gescheitert – virologisch und ökonomisch. Demokratien haben mit ihrer Offenheit und Verlässlichkeit, mit höherem Vertrauen durch politische Legitimation, mit öffentlichen und breit angelegten Beratungsprozessen und mit ihrer Fähigkeit zur Selbstkorrektur sowie mit ihrer Innovationskraft entscheidende Wettbewerbsvorteile bewiesen. Auch die starke Reaktion vieler Teile der internationalen Staatengemeinschaft auf den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine hat der Welt demonstriert: Die Demokratien und Verfechter der regelbasierten internationalen Ordnung verfügen über die Kraft und die Ressourcen, handlungsfähige Allianzen und Partnerschaften zu schmieden. Dies ist ein essenzieller Vorteil gegenüber China, das zwar vielen Ländern

kurzfristige Vorteile in der Zusammenarbeit bietet, eine nachhaltige Partnerschaft auf Augenhöhe in der Regel aber nicht zum Ziel hat. Dennoch macht uns gerade die freiheitliche Ordnung und unser demokratisches System verwundbar und anfällig für hybride Angriffe und Einflussnahme Chinas. Umso wichtiger ist es, unsere freiheitlich demokratische Grundordnung resilienter und stärker zu machen.

Die Politik Chinas unter Präsident Xi Jinping Deutschland und Europa gegenüber hat sich gewandelt. China ist für Deutschland und Europa Partner, wirtschaftlicher Konkurrent und systemischer Rivale. Diesen Konsens hat die EU-Kommission im Jahr 2019 festgestellt. Er beschreibt treffend die neue Realität. Eine Partnerschaft zu wichtigen globalen Fragen wie dem Klimaschutz muss es weiterhin geben. Allerdings darf man die Augen nicht davor verschließen, dass China von sich aus die Gewichte verschoben und den Kern der Beziehung deutlich in Richtung systemische Rivalität getrieben hat. Die systemische Rivalität wird nicht von Deutschland und Europa gesucht, sondern von China an uns herangebracht. Das zeigt nicht zuletzt Chinas Handeln im Kontext des Kriegs gegen die Ukraine. Dass sich die Gewichtung der Trias durch Chinas Politik und interne Entwicklungen in China verschoben hat, hat auch der 20. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas im Herbst 2022 verdeutlicht: Die Elemente systemischer Rivalität werden immer bestimmender und von China teils bewusst herausgestellt, teils durch gemischte Signale zumindest billigend in Kauf genommen.

Das Prinzip „Frieden durch Handel“ ist mit Blick auf Russland, aber auch China, gescheitert. Die Leitidee des Prinzips „Frieden durch Handel“ war darauf ausgerichtet, Vernetzung zu schaffen, um Annäherung zu erreichen. Staaten aus anderen Regionen der Welt haben dieses Prinzip allerdings nicht in dieser Form erwidert, sondern eigene Interessen formuliert und gerade in Abgrenzung zu liberalen, marktwirtschaftlichen Demokratien, die als „alter Westen“ diskreditiert werden, ein einseitiges Abhängigkeitsnetz entstehen lassen, das jetzt von Russland, aber vor allem aus China heraus gegen die liberale Weltordnung und den politischen Westen instrumentalisiert wird. Eine Konsequenz daraus muss sein, ein neues Handlungsprinzip für unsere Außen-, Wirtschafts- und Handelspolitik zu entwickeln, das darauf basiert, dass auch Deutschland und Europa klare Interessen formulieren und gemeinsam mit den globalen Partnern durchsetzen.

Weil China sich verändert hat, müssen auch wir unsere Politik gegenüber China verändern. China ist in den vergangenen zwei Jahrzehnten eine politische und wirtschaftliche Großmacht geworden und strebt, wie verschiedentlich mit Blick auf die eigenen Ziele zum 100-jährigen Bestehen im Jahr 2049 formuliert, an, wieder vorherrschende Supermacht zu werden. Dafür will China eine Weltordnung schaffen, die stärker sinozentrisch und hierarchisch ausgerichtet ist sowie autoritären Prinzipien und Werten international stärker Geltung verschaffen soll. Sie läuft dem System fundamental entgegen, in dem das friedliche Miteinander von Staaten geregelt ist, freier Handel organisiert wird, Menschenrechte geschützt und alle Staaten gleichermaßen und auf Augenhöhe beteiligt werden. China will diese bestehenden Regeln verändern und anpassen. Mit seiner Größe, seiner finanziellen und wirtschaftlichen Stärke und mit seiner rasant wachsenden

militärischen Macht entwickelt sich China zur größten Herausforderung seit dem Ende der Sowjet-Zeiten, auch ideologisch. Dieser Paradigmenwechsel wurde als die strategische Herausforderung für die freiheitlich-demokratisch verfasste Staatenwelt insgesamt zu lange unterschätzt. Diese Realität gilt es anzuerkennen und darauf klug, abgestimmt und entschlossen zu reagieren.

Dabei wollen wir die Partnerschaft nicht kleinreden, sie braucht aber eine Neubestimmung: Unsere Beziehungen zu China sind über Jahrzehnte gewachsen und erstrecken sich über alle politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und anderen Bereiche. Die deutsch-chinesischen, wie die europäisch-chinesischen Beziehungen, sind nicht nur durch einen besonders hohen Austausch von Waren und Gütern, sondern auch durch ein Geflecht von Kontakten und Dialogformaten geprägt. An diesen wollen wir festhalten, wenn und solange sie zum beiderseitigen Nutzen beitragen und von Reziprozität und auf Augenhöhe geprägt sind. China selbst bekundet immer wieder das Interesse an partnerschaftlichen Beziehungen. An diesem Anspruch müssen wir China messen, auch und gerade bei der Zusammenarbeit im Rahmen der globalen Klimapolitik, deren Erfolg im Interesse sowohl Chinas als auch der EU liegt.

Nach der EU ist China für Deutschland der größte Handelspartner und auch als Innovations- und Forschungsstandort für Wirtschaft und Wissenschaft von großer Bedeutung. Durch Absatz, Fertigung, teils auch Entwicklung in Asien, in China und den Nachbarländern bewahren deutsche Unternehmen ihre globale Wettbewerbsfähigkeit und sichern auch Arbeitsplätze und Wertschöpfung in Deutschland. Der chinesische Markt ist mit insgesamt sieben Prozent Exportanteil in einzelnen Sektoren für deutsche Unternehmen sehr bedeutend: 20 Prozent der in China ansässigen deutschen Unternehmen erzielen dort 20 bis 50 Prozent ihrer Gewinne; dies gilt insbesondere für die Sparten Maschinenbau, Automobil und Chemie. Gleichzeitig ändern sich die deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen: Waren diese über viele Jahre davon geprägt, dass China Konsumgüter und Vorprodukte im Niedrigtechnologiebereich nach Deutschland und im Gegenzug Deutschland hochwertige Investitions- und Konsumprodukte nach China lieferte, wird China durch seinen Wandel zu einem Dienstleistungs- und Hochtechnologie-land immer stärker **zu einem direkten wirtschaftlichen Konkurrenten**, auch und gerade auf Drittmärkten. Das stellt für unser Know-how zunehmend eine Bedrohung dar. Für die Wettbewerbsfähigkeit der EU wird es entscheidend sein, u.a. durch Investitionen in Forschung, Innovation und Industriekapazitäten im Technologiewettbewerb zu bestehen. Bei der Ausgestaltung der künftigen Wirtschaftsbeziehungen ist zu berücksichtigen, dass auch **China in vielen Bereichen abhängig von Deutschland** und der EU ist. Die EU ist der zweitgrößte Handelspartner Chinas und dabei die deutsche Industrie ein unverzichtbarer Lieferant von Technologie und hochwertigen Investitionsgütern. Auch dies ist Anlass für **Selbstbewusstsein in den Beziehungen mit China**. Zugleich ist es nicht im Interesse Deutschlands und der EU, dass sich der Innovationskern unserer Industrie nach China verlagert.

In einer globalen, offenen Wirtschaft belebt fairer Wettbewerb und fördert Innovationen und schafft Wohlstand für alle. Allerdings gilt das nur, wenn sich alle an die **gleichen Regeln** halten. Dies ist mit Blick auf China trotz jahrelanger Mahnungen immer weniger der Fall. Wie beim weltweiten Absatz chinesischer Waren seit Jahrzehnten üblich, wird die wachsende globale wirtschaftliche Konkurrenz chinesischer Unternehmen maßgeblich durch massive gezielte staatliche Förderung, Finanzierung und Lenkung getrieben sowie durch hybride Einflussnahme gestützt. Daher ist es immer drängender, dass die **Europäische Union, auch gemeinsam mit weiteren internationalen Partnern diese fairen und gleichen Wettbewerbsbedingungen, die Einhaltung internationaler Handelsregeln und -standards und Reziprozität gegenüber China mit Nachdruck einfordert.** Eine kommunistische Führung in China, die nach Globalisierung unter ihrer Vorherrschaft strebt, die Staatswirtschaft betreibt, die offen ideologiegetrieben, hegemonial, dabei auch militärisch ausgreifender agiert, droht auf Dauer kein verlässlicher Handelspartner zu sein. Intensive Handelsbeziehungen können so zu wirtschaftlichen Abhängigkeiten führen, die zu politischen Verwundbarkeiten werden. Ein umfassendes geoökonomisches und strategisches Risikomanagement ist nötig. Es braucht zudem eine politische und wirtschaftliche Antwort darauf, dass deutsche und europäische Abhängigkeiten in bestimmten Lieferketten in der jüngsten Vergangenheit sogar noch gestiegen sind. Europa muss in eine Politik des „De-Risking“ übergehen und insbesondere in Schlüsseltechnologien die technologische Souveränität der Europäischen Union stärken. Dazu braucht es auch wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für den Industriestandort Deutschland und Europa. **Souveränität beginnt mit der eigenen Stärke zuhause – es darf deswegen keine China-Strategie ohne eine Deutschland-Strategie geben.**

Dafür und für die Richtung der Entwicklung unserer Beziehungen mit China sind die kommenden Jahre entscheidend. Der Umgang mit der Pandemie, die russisch-chinesische Zusammenarbeit im Kontext des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine und die Ausweitung chinesischer Militärübungen um Taiwan sind jüngste Beispiele für chinesisches Agieren mit erheblichen strategischen Implikationen. Die deutsche und europäische China-Strategie muss deswegen Gegenstand regelmäßiger strategischer Überprüfung sein. Dementsprechend werden auch wir als CDU/CSU regelmäßig die Eckpfeiler unserer China-Strategie neu bewerten.

II. Kurzanalyse: China hat sich verändert

Ziel einer sinozentrischen Weltordnung

Im Laufe der Amtszeit von Xi Jinping, der das Amt des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) im Jahr 2012 und das des Staatspräsidenten im Jahr 2013 übernahm, entwickelte die chinesische Regierung immer deutlicher und expliziter eine umfassende Hegemonialstrategie – politisch, gesellschaftlich, wirtschaftlich und militärisch. Nach innen schreitet unter Xi Jinping die Ideologisierung voran, das Primat der Kommunistischen Partei wird deutlich ausgebaut und akzentuiert. Xi's Präsidentschaft führt uns vor Augen, dass bloße Forderungen gegenüber China keine Wirkung zeigen. Forderungen, China möge sich an internationale Vereinbarungen und Verträge halten, wie beispielsweise die „Sino-British Joint Declaration“ zu Hong Kong, blieben ohne konkrete Folgeleistung. Wir müssen Chinas strategische Ziele realistisch betrachten und uns auf neuartige Formen weltweiter *power projection* einstellen. Die kommunistische Führung Chinas will die bestehende werte- und regelbasierte internationale Ordnung in eine sinozentrische Weltordnung verändern. China in der Mitte der Welt, China als Imperium, die Regeln bestimmend – dieses Ziel will China bis 2049 erreichen. Was das konkret bedeuten würde, zeigt beispielhaft der Fall Hong Kong: International gültige Regeln und Vereinbarungen, die China 1984 in der gemeinsamen Erklärung mit dem Vereinigten Königreich festgeschrieben hatte, werden Zug um Zug kalküliert gebrochen.

Für das Ziel einer sinozentrischen Weltordnung unterstützt China nur dann internationale regelbasierte Institutionen, wie beispielsweise die Vereinten Nationen oder die Welthandelsorganisation, wenn dies seinen erklärten Interessen entspricht. Aus historischen Gründen ignoriert es solche Institutionen, wenn sie Entscheidungen treffen, die nicht mit Chinas erklärten Interessen im Einklang stehen. Es nutzt sich bietende Schwächen der internationalen Ordnung gezielt aus, es missbraucht und zweckentfremdet Institutionen, die über keine robusten Selbstkontrollmechanismen verfügen, und nutzt dafür auch seinen ständigen Sitz im VN-Sicherheitsrat. Damit relativiert China die Institutionen und das Völkerrecht systematisch. Dies gilt beispielsweise für die durch die Errichtung künstlicher Inseln fortwährende Missachtung völkerrechtlichen Gebietsrechts im Südchinesischen Meer, wie durch den Haager Schlichterspruch von 2016 festgestellt. In den Vereinten Nationen versucht China, deren Werte und Regeln umzudefinieren. Dafür verfolgt es dort immer stärker das Ziel, den Demokratiebegriff neu zu definieren und an soziale Rechte zu binden, die wichtiger als der Rechtsstaat seien. Zudem setzt China die Souveränität des Staates über das geltende Völkerrecht. China lehnt die Universalität der Menschenrechte ab und versucht auch hierfür Bündnisse mit Gleichgesinnten zu schließen, obwohl es die Menschenrechtscharta mit erarbeitet hat. Die systematische Unterdrückung von Millionen Uiguren und Tibetern, z.T. durch Internierungen, sowie auch der über 100 Millionen Christen zeigt, wie massiv elementare Menschenrechte durch die kommunistische Führung Chinas mittels Einschränkungen der Religions-, Versammlungs-,

Meinungs- und Bewegungsfreiheit beschnitten werden, die zudem Verstöße gegen die chinesische Verfassung darstellen.

Wirtschaftliche, technologische und politische Abhängigkeiten als geostrategisches Instrument

Dem Umbau der Weltordnung und der Ausweitung chinesischer Einflussbereiche dienen auch Chinas strategisches Projekt der neuen Seidenstraße- / Belt-and-Road-Initiative und neuere Initiativen wie die „Global Security Initiative“, die „Global Development Initiative“ oder die „Global Civilization Initiative“. Dabei versucht die chinesische Regierung, seine Normen und Standards wie auch seinen Ansatz zur Konfliktregelung durchzusetzen.

China vergibt Investitionen und Entwicklungsgelder auf Kreditbasis in Milliardenhöhe und vertieft wirtschaftliche Aktivitäten in Afrika, Asien und Lateinamerika, ohne jede Bindung an gute Regierungsführung, an transparente Entscheidungsprozesse oder auch an soziale, wirtschaftliche, umweltpolitische und finanzielle Nachhaltigkeit. Chinas Einflussmöglichkeiten werden dadurch ausgebaut und zugleich teils enorme wirtschaftliche Abhängigkeiten geschaffen. Gleichzeitig treibt China die Verschuldung vieler Länder hoch, wobei es sich strategische Infrastruktur (wie Häfen, Eisenbahnen, Minen) als Sicherheiten geben lässt. Kritisch ist, dass China zumindest bisher nur begrenzt kooperationsbereit ist, angemessen bei Umschuldungen und Schuldenerlassen mitzuwirken. Als inzwischen größter staatlicher Gläubiger vieler Länder ist Chinas Beteiligung allerdings unverzichtbar. China nutzt seine gewachsenen Einflussmöglichkeiten bereits seit Jahren aktiv für eigene Interessen – wirtschaftliche werden damit zu politischen Abhängigkeiten, verstärkt durch chinesische Propaganda in Bevölkerungen hinein, etwa durch das chinesische Staatsfernsehen in ganz Afrika. China bedient sich gezielt und z.T. nicht ohne Erfolg dem Mittel der „Soft Power“, z.B. Stipendienangebote, Politikerreisen, etc. um Bindungen zu schaffen und ein positives Image zu kreieren. Nicht ohne Selbstkritik müssen Deutschland und Europa zur Kenntnis nehmen, dass es einige Drittstaaten, v.a. in Afrika, Lateinamerika und Asien, zu lange vernachlässigt und nicht das gebührende Interesse an echter Partnerschaft auf Augenhöhe entgegengebracht hat. Zugleich werden autoritäre Systeme gestärkt und damit die weltweite Entwicklung der Demokratie gezielt geschwächt. Dazu zählt auch, dass China und Russland ihre strategische Partnerschaft ausbauen, wie zum Beispiel die „Gemeinsame Erklärung über den Übergang der internationalen Beziehungen in eine neue Ära“ vom Februar 2022, kurz vor der Invasion Russlands in die Ukraine, und der Gipfel zwischen Xi und Putin in Moskau im März 2023 bekräftigen. Das Verhalten Chinas zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ist ein erster Umsetzungsfall dieser neuen und engeren Zusammenarbeit.

Die neue Seidenstraße und die anderen globalen Initiativen sind wesentliche Elemente in dem Streben nach einer von China bestimmten internationalen Wirtschaftsordnung als Teil einer sinozentrischen Weltordnung. Wirtschaftliche Interessen werden dabei immer stärker machtpolitischen und ideologischen Zielen untergeordnet, nach denen China andere Märkte und die internationale

Wirtschaftsordnung prägt. Dabei hat China das klare Ziel, in Wirtschaft und Entwicklung und durch die Stärkung der Binnennachfrage wirtschaftlich unabhängig und in einzelnen Schlüsselbereichen gar autark zu werden. Mehr noch: Der chinesische Anspruch auf globale Technologieführerschaft wird von der KPCh in aller Deutlichkeit kommuniziert und auch mit erheblichen finanziellen Mitteln verfolgt. Die chinesische Staatsführung investiert massiv in Forschung und Innovation, auch und gerade zu militärischen Zwecken. Wie seine „Strategie der zwei Kreisläufe“ zeigt, ist das chinesische Wirtschaftsmodell, mit seiner staatswirtschaftlichen und unfreien Prägung, eine systemische Herausforderung für das und unvereinbar mit dem Modell der offenen, regelbasierten Marktwirtschaft im Rahmen der Welthandelsorganisation. Diese Strategie und den chinesischen Anspruch nach globaler Technologieführerschaft gilt es auch bei anstehenden Investitionen deutscher Industrie in China zu bewerten.

Chinas Ziel ist es, mit dieser Politik in den internationalen Organisationen eine Mehrheit gegen den politischen Westen, seine Werte-Partner und all jene Staaten zu schaffen, die die bestehende regelbasierte Ordnung erhalten, stärken und schützen wollen.

Durch Investitionen in kritische Infrastrukturen in westlichen Staaten wie auch Polizeistationen nutzt China verschiedene Instrumente zur hybriden Einflussnahme: Spionage, Sozialkontrolle, Einschüchterung und gar Erpressung von im Ausland lebenden Chinesen, sowie Cyberangriffe, Desinformation und Propaganda. Wir müssen solche Instrumente und hybride Vorgehensweisen, die unsere freiheitlich demokratische Grundordnung unterminieren, konsequent unterbinden.

Territoriale Ambitionen und militärische Drohungen

Chinas robuste, zunehmend aggressive Machtpolitik stellt in Kombination mit seinen zunehmenden militärischen Fähigkeiten schon jetzt eine Herausforderung für die Stabilität in einer Reihe von Weltregionen dar. Dies betrifft auch die Interessen Deutschlands und seiner Partner und wird perspektivisch auch unsere Sicherheit noch unmittelbar beeinflussen.

So gefährden Chinas territoriale Ambitionen und wiederkehrende Grenzverletzungen sowie vor allem die militärischen Drohungen gegen das demokratische Taiwan bereits heute den Frieden in Süd-, Ost- und Südostasien – mit potenziell gravierenden Auswirkungen weltweit. China versucht mit den oben genannten gezielten Verstößen gegen das VN-Seerechtsübereinkommen das Südchinesische Meer, über dessen Seewege ein Viertel des EU-Außenhandelsvolumens transportiert werden, in völkerrechtswidriger Weise unter seine Kontrolle zu bringen. Während des 20. Parteikongresses der KPCh erneuerte Präsident Xi in aller Offenheit seine Drohung, eine Vereinigung mit Taiwan würde China notfalls auch mit militärischen Mitteln erzwingen. Die militärischen Drohungen gegen Taiwan nahmen zuletzt stark zu. Dabei bleibt es in unserem strategischen Interesse, den Frieden in der Taiwanstraße zu bewahren. Maßgeblich ist für uns eine Ein-China-Politik, wie wir sie im EU-, NATO- und G7-Kontext verstehen.

Zunehmend sind Tendenzen zu beobachten, dass China seine weltweiten Investitionen und Finanzhilfen sicherheitspolitisch abzusichern versucht, indem verteidigungspolitische Abkommen geschlossen, militärisch oder Dual-Use-Ausrüstung geliefert, paramilitärische Sicherheitskräfte disloziert und die von China finanzierten Infrastrukturen (z.B. Häfen, Netze) auch von China militärisch genutzt werden. Die Sicherheit Europas ist hierbei bereits direkt betroffen, im Rahmen von europäischen Infrastrukturprojekten der neuen Seidenstraßen-Initiative.

Durch die sich intensivierende militärische, technologische und energiepolitische Zusammenarbeit zwischen China und Russland und das enge Zusammenrücken im Kontext des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine ist zudem eine direkte Bedrohung der Sicherheitsinteressen Europas gegeben. Die europäische Sicherheit und Stabilität sind Kerninteressen Europas, die es zu wahren gilt und die durch die russisch-chinesische Zusammenarbeit angegriffen werden. Diese intensivierte Art der Zusammenarbeit zeigt sich auch durch die wachsende Präsenz Chinas in der Arktis und gemeinsame chinesisch-russische Militärmanöver etwa in der Ostsee.

Die deutliche Zunahme chinesischer Spionageaktivitäten, aber auch die von Auslandschinesen eingeforderte Bereitschaft, auch aus deutschen Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen Informationen zu liefern, erhöht die Gefahr und Verwundbarkeit unserer militärischen Einrichtungen, aber auch der kritischen Infrastruktur Deutschlands und Europas. Hierauf bedarf es zeitnah klarer Antworten im europäischen Kontext, um den Schutz kritischer Infrastruktur sicherzustellen.

Ein nach außen starkes China mit großen Herausforderungen im Inneren

Das expansive Agieren Chinas könnte sich gerade durch die großen Herausforderungen im Inneren verstärken. Chinas Wirtschaftswachstum wird strukturell in den nächsten Jahren vermutlich deutlich geringer ausfallen. Expansion und Ideologie könnten künftig noch stärker als Legitimationsgrundlage für die Kommunistische Partei Chinas dienen; auch um die eigentlich vorhandene Diversität in China, u.a. mit den vielen nationalen Minderheiten, zu überdecken.

Der demografische Wandel geht an China nicht spurlos vorbei, es altert in den nächsten zwei Jahrzehnten in Folge seiner früheren Ein-Kind-Politik überdurchschnittlich schnell. Dies hat gravierende Folgen insbesondere für die Sozialsysteme und die soziale Lage breiter Bevölkerungsschichten. Das zeigt sich auch an der hohen Jugendarbeitslosigkeit und dem starken Ost-West-Gefälle sowie dem Gefälle zwischen Stadt, vor allem den Küstenprovinzen, und Land. Die Zunahme von Umweltschäden erhöht die interne Verwundbarkeit.

Die Risiken für die chinesische Volkswirtschaft können sich verschärfen, wenn China aufgrund seiner ideologischen Ausrichtung oder durch internationale Veränderungen künftig deutlich weniger von der bisher noch globalisierten, offenen Weltwirtschaft profitiert. In den vergangenen Jahrzehnten gründete Chinas Wettbewerbsfähigkeit vor allem auf geringen Produktions- und Lohnkosten, niedrigen Umweltschutzaufgaben und einer hohen Wertschöpfung bei vergleichsweise

niedrigem Kapitaleinsatz. Diese Zeiten sind vorbei, die wirtschaftliche Entwicklung muss sich neu ausrichten. Chinas politische Führung und deren Einflussnahme auf die Wirtschaft wird für ausländische Unternehmen zunehmend unberechenbarer, etwa durch klare Begünstigung heimischer Unternehmen, Politisierung, ausufernde oder schwer vorhersehbare Regulierung und steigende Bürokratiepflichten. Das Land wird als Standort somit risikobehafteter.

All dies mag nicht zu plötzlichen Krisenentwicklungen in China mit Auswirkungen auf uns und unsere Partner führen. Unterschiedliche gleichzeitige Problementwicklungen bergen jedoch die Gefahr einer Schwelbrandkrise. Zugleich können solche Probleme im Inneren Chinas globale Ambitionen eher noch unberechenbarer machen. Sie bieten jedoch auch einen Ansatz für mehr Kooperation – wenn China vor dem Hintergrund dieser Herausforderungen zu der Schlussfolgerung kommen sollte, dass mehr statt weniger Kooperation auf Augenhöhe in seinem eigenen Interesse läge.

III. Schlussfolgerungen:

1. Eckpfeiler einer neuen China-Politik

Aus dieser Analyse eines neuen, veränderten Chinas folgt, dass wir auch eine **chianapolitische Zeitenwende** brauchen. Dabei antworten wir angemessen und gehen auf die neuen Realitäten ein:

- Mit der Fähigkeit und der eigenen Stärke zum Wettbewerb da, wo China diesen sucht und forciert.
- Mit Resilienz und Wehrhaftigkeit sowie der Bildung und dem Ausbau von Allianzen und Partnerschaften mit Interessen- und Wertepartnern da, wo die internationale regelbasierte Ordnung systemisch infrage gestellt und angegriffen wird.
- Mit der Bereitschaft zur Partnerschaft da, wo diese in beiderseitigem Interesse liegt und durch China offen, transparent, auf Augenhöhe und verlässlich angenommen wird.

Eine neue China-Politik verlangt dabei **Antworten nach Außen – aber auch und gerade nach Innen**. Auf kommunaler und Landesebene, im Bund, in Europa und im Bündnis mit unseren internationalen Werte-, Interessens- und Sicherheitspartnern. Wir können diese Antworten aus einer Position der Stärke und des Selbstbewusstseins angehen – in fester Gewissheit, dass unser freiheitlich-demokratisches, marktwirtschaftliches System als normatives Konzept über genügend inneren Zusammenhalt und äußere Bindungskraft verfügt, sich in diesem Wettbewerb durchzusetzen, wenn seine Potenziale schlagkräftig und im Verbund genutzt werden.

Das Leitmotiv unseres Handelns muss sein, die regelbasierte internationale Ordnung zu erhalten, zu schützen und zu stärken und dem Völkerrecht weiter uneingeschränkt Geltung zu verschaffen. Denn die **bestehende internationale Ordnung ist das Fundament für unsere Freiheit**, für Stabilität und Austausch – und damit auch für unser deutsches Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell. Setzt China diese in unserem nationalen Interesse stehende internationale Ordnung unter Druck, hat das Folgen eben auch für unser Wirtschaftsmodell, für unsere geökonomische Ausrichtung, für unsere Sicherheit und Souveränität. Deswegen müssen wir im eigenen Interesse die wirtschaftlichen Verbindungen mit China und vor allem bestehende oder drohende Abhängigkeiten verringern. Wir müssen **in entscheidenden wirtschaftlichen und technologischen Bereichen souveräner werden**, Vulnerabilitäten abbauen, Lieferketten diversifizieren und andere Handelspartnerschaften ausbauen bzw. neue schließen. **Dabei brauchen wir auch eine europäische Antwort auf das chinesische Streben nach Technologieführerschaft.**

Deswegen beginnt eine China-Strategie zuallererst zuhause: mit einer Deutschland-Strategie, eingebettet in eine Europa-Strategie, die unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit und unsere Glaubwürdigkeit in Klima- und Menschenrechtsfragen stärkt, die unsere Abhängigkeiten reduziert und die uns so souveräner und wirtschaftlich resilienter macht.

Die neue deutsche China-Politik muss entlang folgender Eckpfeiler ausgerichtet sein:

Europäischer und transatlantischer Rahmen

- **Deutschland muss eingebettet in eine europäische China-Strategie handeln.** Nur durch größtmögliche Geschlossenheit wird die EU eine gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit mit China gestalten und sich im systemischen Wettbewerb erfolgreich erweisen können. Europa muss – zusammen mit Partnern – die werte- und regelbasierte internationale Ordnung wieder stärken, auf die Herausforderungen an seine innere und äußere Sicherheit überzeugend antworten, den wirtschaftlichen Wettbewerb in seinem Interesse gestalten und die Zusammenarbeit in ausgewählten Bereichen dort ausbauen, wo eine echte chinesische Bereitschaft besteht. Zur notwendigen Geschlossenheit beitragen wird dabei, wenn künftige **EU-China-Gipfel** zwischen der EU, den Mitgliedstaaten und China, wieder ausschließlich zu 27+1 stattfinden, gemeinsam vorbereitet und dadurch alle Mitgliedstaaten eingebunden werden – auch als Konsequenz aus chinesischen Spaltungsversuchen. Wir brauchen auch Mechanismen zur Herstellung einer kohärenten EU-China-Politik, wenn diese durch Einzelstaaten blockiert oder beeinträchtigt wird. Insbesondere Deutschland und Frankreich sollten ihre privilegierten bilateralen Beziehungen und ihre Erfahrungen mit China stärker in den Dienst der gemeinsamen europäischen Interessen stellen und die gemeinsame China-Politik der EU vorantreiben. Hochrangige China-Reisen sollten engstens abgestimmt, idealerweise gemeinsam durchgeführt werden. Für eine durchsetzungsstarke China-Politik muss mit dem Vereinigten Königreich, den Westbalkan-Staaten und weiteren europäischen Nachbarn der EU durch einen institutionalisierten Prozess im Rahmen eines „**Europäischen China-Council**“ eng zusammengearbeitet werden. Gerade bei EU-Beitrittskandidaten und in der unmittelbaren Nachbarschaft der EU dürfen keine politischen Einfallstore Chinas in Europa entstehen. Ein Instrument für eine geeinte europäische China-Politik, die auch Länder miteinbezieht, die (noch) nicht Teil der EU sind, wäre die Europäische Politische Gemeinschaft.
- **Wir brauchen eine strategisch ausgerichtete transatlantische China-Politik.** Diese und die europäische China-Strategie müssen sich ergänzen. Dabei bleiben punktuelle Interessens- oder Strategie-Unterschiede weiter möglich. Kernelemente müssen gemeinsam abgestimmte Kooperationsangebote, aber auch eine Politik des „De-Risking“ sowie der Stärke

gegenüber den chinesischen Herausforderungen sein, denen wir gemeinsam oder abgestimmt arbeitsteilig entgegenzutreten. Die gemeinsamen Interessen zu chinapolitischen Handels- und Technologiefragen sollten auch im Rahmen einer neu einzurichtenden **China Working Group** des **US-EU Transatlantic Trade and Technology Council** (TTC) noch stärker zur Sprache kommen und dort koordiniert werden. Der TTC sollte zuvorderst ein Forum sein, um transatlantische Handelshürden abzubauen sowie technische Lösungen und gemeinsame Standards zu entwickeln. Darüber hinaus kommt dem TTC eine besondere Funktion im Hinblick auf China zu. Eine enge Abstimmung braucht es dabei vor allem zur Kontrolle und Beschränkung ausländischer Direktinvestitionen und von Technologie-Transfers, zu Handelseinschränkungen und Sanktionen sowie zum wirtschaftlichen Austausch und der intensivierten Zusammenarbeit mit Taiwan im Rahmen unserer Ein-China-Politik. Im Rahmen dessen setzen wir uns auch für eine Fortsetzung der pragmatischen Mitarbeit Taiwans in internationalen Organisationen ein.

- **Chinas militärischer Aufstieg und sein immer weiter greifendes militärisches Engagement müssen noch mehr in den Fokus von EU und NATO rücken.** Es ist gut und richtig, dass diese Herausforderung im neuen Strategischen Konzept der NATO ebenso adressiert wird wie im Strategischen Kompass der EU. Auch für die sicherheitspolitischen Herausforderungen durch China gilt der Ansatz, den Deutschland und seine Partner in EU und NATO grundsätzlich verfolgen: eine Politik des Dialogs, der Stärke und nötigenfalls der Abschreckung. Um die fortlaufende Behandlung der Herausforderung sicherzustellen, sprechen wir uns für einen regelmäßig stattfindenden **Nordatlantikrat zu China** aus und fordern auch einen regelmäßigen Tagesordnungspunkt China bei Sitzungen der EU-Kommission und des Europäischen Rates. Zweimal im Jahr sollte es einen „**China Retreat**“ des Ausschusses der Ständigen Vertreter bei der EU (AStV) geben. Dieser sollte auch dazu dienen, die China-Koordination innerhalb der EU-Kommission und zwischen Kommission und Europäischem Rat zu verbessern. Deutsche und europäische Aufgabe muss es zuvorderst sein, zu einer fairen und glaubwürdigen transatlantischen Lastenteilung beizutragen. Deshalb braucht es neue Konzepte, um der wachsenden Sicherheitsbedrohung Rechnung zu tragen und Besonderheiten und Interessen der Staaten des Indopazifiks wie auch der Staaten mit Überseegebieten und Militärstützpunkten vor Ort zu berücksichtigen. Ferner sollten wir offen bleiben für Sicherheitskooperation mit nicht-NATO-Staaten, die unsere Interessen einer regelbasierten Ordnung teilen.

Stärke des Rechts

- **Wir müssen die regelbasierte internationale Ordnung und die Glaubwürdigkeit, die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit ihrer Institutionen stärken,** insbesondere die Vereinten Nationen, die Weltgesundheitsorganisation, die Welthandelsorganisation, die Weltbank und

die regionalen Entwicklungsbanken, den Internationalen Währungsfonds und das Pariser Klimaschutzabkommen. Zu einem glaubwürdigen Eintreten für Recht und Ordnung zählt auch, eigenes Handeln und das unserer Partner mit Auswirkungen für das Völkerrecht und seine Institutionen (selbst-)kritisch in den Blick zu nehmen. Die EU muss zusammen mit ihren Partnern weiter darauf drängen, dass China die Werte und Regeln der internationalen Ordnung und insbesondere der VN-Charta achtet. Dazu gehört beispielsweise die überfällige Ratifizierung des Zivilpakts der Vereinten Nationen. Entschieden müssen Versuche zurückgewiesen werden, das bestehende internationale System zu unterwandern und für die eigenen Interessen zu missbrauchen, die Regeln, Pflichten und Standards selektiv auszulegen, neu zu definieren und die Werte zu unterminieren.

Unser strategischer Vorteil ist, dass wir die Kraft und die Möglichkeiten haben, Allianzen und Partnerschaften zu schmieden, die für Drittstaaten attraktiv sind. Diesen Trumpf müssen wir stärker und konsequenter ausspielen. China versucht, durch intensive und hochrangige Besuchsdiplomatie, politische Bindungen aufzubauen und diese durch Handel und Investitionen zu untermauern. In einzelnen Staaten verfängt diese Politik, die gerade keine Verbesserungen in Kernbereichen der Good Governance erwartet. Hiermit müssen wir uns kritisch auseinandersetzen und attraktive Gegenangebote machen. Zugleich fällt China in seinem geopolitischen Agieren häufig immer noch vor allem auf den Weg der einseitigen Abhängigkeiten und des Zwanges zurück. Eine Missachtung völkerrechtlicher Grundsätze wie der UN-Seerechtskonvention und auf dieser Konvention basierender internationaler Urteils- und Schiedssprüche unterminiert die internationale Ordnung und belastet das Verhältnis zu China. In der Frage der fortwährenden Missachtung des Haager Schlichterspruchs zum Südchinesischen Meer 2016 unterstützen wir die betroffenen Anrainerstaaten. Versuche, mit der Androhung von militärischer Gewalt oder deren Anwendung die Lage im Südchinesischen Meer oder den Status Quo in Bezug auf Taiwan zu ändern, würden die Zusammenarbeit mit China erheblich infrage stellen. Um mit dem chinesischen Einfluss in internationalen Organisationen umzugehen, braucht es eine proaktive, mit den Partnern abgestimmte Personalpolitik für Führungspositionen. Besonderer Aufmerksamkeit der Koordinierung mit unseren Partnern bedarf auch die Politik im Bereich von Standardisierungsinstitutionen.

- **Eine Verletzung fundamentaler menschenrechtlicher Prinzipien oder der Bruch völkerrechtlicher Vereinbarungen kann keine innere Angelegenheit sein.** Sie ist immer auch als eine Frage der internationalen Politik und damit auch in den bilateralen Beziehungen deutlich und kritisch zu thematisieren und muss Konsequenzen für die Zusammenarbeit mit China haben. Das folgt aus der Universalität der Menschenrechte. Dementsprechend war es unerlässlich, dass die EU erstmals seit dem Mاسaker von Tian'anmen im Jahr 1989 Sanktionen gegen Mitglieder der chinesischen Regierung erlassen hat, die für die

Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang direkt verantwortlich zeichnen. Auch war im Falle Hong Kongs das Einfrieren des Auslieferungsabkommens eine erforderliche Konsequenz. Die Situation in Hong Kong bleibt ein Lackmustest für die Glaubwürdigkeit, das Ansehen und die Berechenbarkeit Chinas ebenso wie für die Möglichkeiten der künftigen Zusammenarbeit. Chinas Beharren auf dem Prinzip der „Nichteinmischung in innere Angelegenheiten“ als Abwehr gegen menschenrechtliche Verpflichtungen darf nicht zur Norm in den internationalen Beziehungen werden. Der bilaterale wie der EU-China Menschenrechtsdialog müssen ausgebaut werden und als Grundlage für die Zusammenarbeit in anderen Fragen herangezogen werden.

Sicherheit durch und im Handel

- **In den bestehenden Handelsbeziehungen zwischen China und Deutschland bzw. der EU gilt es, die Reziprozität zu stärken.** Was chinesischen Unternehmen in Europa möglich ist, muss auch umgekehrt erlaubt sein. Und wo dies nicht der Fall ist, muss es entsprechende Beschränkungen für das Agieren chinesischer Unternehmen in der EU und Deutschland geben. Der Entwurf des Comprehensive Agreement on Investment zwischen der EU und China wäre in diese Richtung ein richtiger Schritt gewesen. Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist ein solches Abkommen nicht realisierbar. Künftige Vorstöße in diese Richtung müssen eng mit unseren Verbündeten abgestimmt sein. Die chinesischen Joint-Venture-Pflichten, staatliche Subventionen und die Verletzung geistiger Eigentumsrechte verletzen die Reziprozität und erschweren die Handelszusammenarbeit. Das hohe Ansehen von Produkten „made in Germany“ in China, zum Beispiel deutscher Lebensmittel, muss auf höchster Ebene genutzt werden, um Handelsmöglichkeiten zu erhalten und zu eröffnen, vor allem indem einseitigen Handelshemmnissen Chinas entgegengetreten wird.
- **Die EU braucht ein politisches Konzept, mit welchen Mitteln sie künftig auf chinesischem Druck reagiert.** Dies ist dringend erforderlich, wie das chinesische Vorgehen in Hongkong, Pekings Eskalation auf die EU-Entscheidung bezüglich der Menschenrechtsverletzungen an den Uiguren oder die Isolationsversuche gegenüber Litauen gezeigt haben. Ein solches Konzept könnte erforderlich sein im Hinblick beispielsweise auf einen weiter steigenden Druck Chinas auf westliche Unternehmen bis hin zu deren Ausschluss vom chinesischen Markt oder bei einer massiven Sanktionierung von EU-Partnern durch China ebenso wie bei einem militärischen Vorgehen gegen Taiwan. China hat gezeigt, dass es auf angemessene Maßnahmen der EU mit einer deutlich härteren Gegenreaktion zu eskalieren bereit ist. Hierauf gilt es, sich frühzeitig einzustellen: Dazu braucht es zum Beispiel eine umfassende, regelmäßig aktualisierte **360-Grad-Analyse wirtschaftlicher und technologischer Abhängigkeiten**, einschließlich chinesischer Abhängigkeiten von Deutschland, der EU und

unseren Partnern. Als Teil einer kohärenten **wirtschaftlichen Abschreckungsstrategie** muss Deutschland eingebettet in die EU vorbereitend ein adaptives Sanktionsregime entwickeln, das auch im Fall eines gewaltsamen militärischen Vorgehens gegen Taiwan oder andere Staaten zur Anwendung kommen kann.

- **Zur europäischen und transatlantischen China-Politik gehört, der Förderung autoritärer Systeme durch Peking mit attraktiven politischen und wirtschaftlichen Alternativen entgegenzuwirken.** Die G7 können hierbei *convener*, Takt- und Impulsgeber sein. Dies erfordert eine sehr viel engere Abstimmung der Chinapolitik, wie mit der G7 Partnership for Global Infrastructure and Investment (PGII) begonnen, auch in diesem Rahmen. Von europäischer Seite muss dabei die „**Global Gateway**“-Initiative der EU im Zentrum stehen. Sie muss dringend als politisch-strategisches Konzept angelegt und als in erster Linie politischen Zwecken dienendes Programm umgesetzt werden. Insbesondere hier muss sich beweisen, dass Außen-, Entwicklungs-, Wirtschafts- und Handelspolitik nicht unabhängig voneinander operierende Säulen sein dürfen. Deswegen ist auch die enge Abstimmung mit dem US-amerikanischen „Build Back Better“-Ansatz sowie den vielfältigen japanischen Initiativen zu suchen. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit wie auch die der anderen EU-Mitgliedstaaten und der EU-Kommission und weitere Instrumente der internationalen Zusammenarbeit müssen in das Gesamtkonzept der „Global Gateway“-Initiative eingebettet werden, um ihr mehr strategische Schlagkraft zu verleihen. Im Kern wird es im Systemwettbewerb darum gehen, ob es uns als demokratisch verfasster Teil der Staatengemeinschaft gelingt, attraktive Angebote für internationale Partner und für blockfreie Staaten („swing countries“) zu unterbreiten – mit Geschäftsmodellen und Wertschöpfung etwa bei Infrastruktur, Investitionen, Klimakooperationen, Entwicklung. Konzepte wie „near shoring“ oder „friend shoring“ greifen deswegen zu kurz. So können wir dazu beitragen, eine starke und entschlossene Gemeinschaft derjenigen Staaten zu schaffen, die aktiv für die Stärkung der regelbasierten internationalen Ordnung eintritt, für offene Märkte und fairen und nachhaltigen Freihandel, für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit sowie für offene Seewege, und die sich dabei gegenseitig unterstützt. Dadurch können wir zeigen, dass die Regeln der Demokratie sowie Prinzipien wie Fairness, Verlässlichkeit und langfristige Wirksamkeit der Hilfemaßnahmen die besten Voraussetzungen für eine langfristig nachhaltige wirtschaftliche soziale Entwicklung schaffen. Dabei ist darauf zu achten, unsere Angebote nicht mit Bedingungen zu überfrachten, die den Interessen der Menschen in den Partnerländern zuwiderlaufen.
- **Von strategisch hoher Bedeutung ist die Zusammenarbeit mit den Partnern im indo-pazifischen Raum.** Dazu gehören insbesondere Japan, Australien, Neuseeland, Indien und Südkorea sowie Partner unter den ASEAN-Staaten, ebenso die pazifischen Inselstaaten und die

jeweiligen regionalen Wirtschaftsbündnisse. Indien als absehbar bevölkerungsreichstes Land und größte Demokratie der Welt und als direkter Nachbar Chinas kommt dabei eine besondere strategische Bedeutung zu. Wir müssen deswegen auf nationaler und europäischer Ebene den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Dialog mit Indien deutlich verstärken. Wir haben auch im indo-pazifischen Raum umfangreiche Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen und müssen diese im Sinne der im Jahr 2020 von der damaligen Bundesregierung verabschiedeten „Leitlinien zum Indo-Pazifik“ durch ein verstärktes Engagement und durch konkrete Kooperationsprojekte mit Partnern in der Region untermauern. Da Europa in seinem Handel mit Asien erheblich auf die Freiheit der Seewege im Indo-Pazifik angewiesen ist, liegt eine intensivere sicherheitspolitische Kooperation einschließlich eines Beitrages für sichere Seewege in unserem Interesse.

- **Die EU braucht ambitionierte und umfassende Strategien für die Zusammenarbeit mit den Staaten Afrikas und Lateinamerikas.** Dies ist auch eine zwingend erforderliche Antwort auf ein immer stärkeres Ausgreifen Chinas in Afrika und Lateinamerika. In diesen Weltregionen haben wir in den vergangenen Jahren, z.T. Jahrzehnten deutlich an Boden verloren. Mit einem offenen Ohr für ihre jeweiligen, ganz unterschiedlichen wirtschaftlichen und politischen Anliegen und mit einem vehementen Eintreten für die Stärke des Rechts, Klimaschutz und gestärkte Resilienz zeigen wir uns als verlässlicher und nachhaltiger Partner. Das nachhaltigste Modell der Entwicklung und Zusammenarbeit mit den Partnern dieser Regionen liegt darin, gemeinsam bessere Geschäftsmodelle und Wertschöpfung vor Ort zu entwickeln. Mit der erwarteten Verdoppelung der Bevölkerung Afrikas auf ca. 2,5 Mrd. Menschen bis 2050 bieten sich hier besondere Chancen, Afrika als großen Nachfrager europäischer Waren und Dienstleistungen und als Produktionsstandort deutscher und europäischer Unternehmen mit zahllosen nachhaltigen, guten Arbeitsplätzen zu verstehen. Langfristige Investitionen in gemeinsame Forschungsvorhaben sichern den Zugang zu Wissenschafts- und Innovationsströmen, vertiefen Kooperation und schaffen neue Vernetzung. Damit beweisen wir uns als Partner, der die Herausforderungen dieser Regionen im Blick hat, wo gewünscht zu gemeinsamen Lösungen beiträgt und keine politischen Erpressungssituationen schafft und ausnutzt. Dann erhalten wir auch stärkere politische und wirtschaftliche Möglichkeiten, um enger mit diesen Staaten verbunden zu sein und mit ihnen gemeinsam für den Erhalt der internationalen regelbasierten Ordnung einzutreten.
- **Für alle vorgenannten Regionen gilt auch, dass wir durch eine Diversifizierung des Handels und einen Ausbau unserer Handelspartnerschaften mehr Sicherheit in unseren Wirtschaftsbeziehungen, Wertschöpfungsketten und Rohstoffimporten schaffen müssen.** Durch eine solche Diversifizierung unserer Importe und Exporte können wir die Abhängigkeiten von China relativieren (China Plus One-Strategie) und wo

nötig auch reduzieren. Denn eine Handelsnation in einer offenen, regelbasierten Weltwirtschaft wollen und werden wir bleiben, egal, welche Rolle China dabei spielt. Deswegen brauchen Deutschland und Europa eine Handelsoffensive: schneller, breiter, tiefer. Dazu gehört u.a. die Vertiefung bestehender Handelspartnerschaften, vor allem mit den USA und nun ohne weitere Verzögerung die Ratifizierung des fertig verhandelten EU-Mercosur-Abkommens, mit dem die größte Freihandelszone der Welt entsteht; auch die zügige Ratifizierung des modernisierten EU-Chile-Assoziierungsabkommens, ein zeitnahes neues Abkommen mit Mexiko, die Verhandlung neuer Abkommen u.a. mit Indien und ASEAN und perspektivisch der Afrikanischen Freihandelszone. Vor allem die Bezugsquellen kritischer und strategisch wichtiger Rohstoffe und seltener Erden müssen diversifiziert werden, indem bestehende Rohstoffpartnerschaften ausgebaut und neue Rohstoff- und Recyclingpartnerschaften mit rohstoffreichen Drittstaaten abgeschlossen werden, die auch die Frage der Raffineriekapazitäten umfassen und dabei zugleich die menschenrechts- und klimapolitische Glaubwürdigkeit der EU nicht gefährden. Von besonderer Bedeutung ist auch das Screening der Rohstoffabhängigkeiten im Rüstungs- und Digitalbereich. Diese müssen schnellstmöglich aufgelöst und diversifiziert werden. Die Handelspolitik der EU ist als ein wesentliches geopolitisches Gestaltungsinstrument in Zeiten einer sich intensivierenden Systemkonkurrenz anzusehen. Deshalb spielt Schnelligkeit im geopolitischen Wettbewerb eine entscheidende Rolle. Dies kann am besten gewährleistet werden, indem Handelsverhandlungen auf wesentliche Fragen fokussiert, Überfrachtungen mit Nebenaspekten vermieden und europäische Freihandelsabkommen künftig als EU-only-Abkommen verabschiedet werden.

- **In der Außenwirtschaftsförderung müssen die richtigen Konsequenzen aus bestehenden und drohenden Abhängigkeiten gezogen und ein Schwerpunkt auf die Diversifizierung gelegt werden.** Für die künftige Vergabe von Investitions Garantien muss eine Matrix geschaffen werden, die die Gesamtabhängigkeit der deutschen Wirtschaft, die Abhängigkeiten in einzelnen Branchen sowie die Exposition einzelner Unternehmen in einzelnen Ländern berücksichtigt. Bei der Diversifizierung sind Schwerpunkte auf die oben genannten Regionen der strategischen Zusammenarbeit zu legen. Im Zuge dessen sollte zum Beispiel der Wirtschaftsfonds Afrika finanziell erheblich besser ausgestattet werden.
- **Der Rolle Chinas als Drehscheibe für die unkontrollierte Verbreitung konventioneller und nichtkonventioneller Dual-Use-Güter muss ebenso entschieden entgegengetreten werden wie den potenziell destabilisierenden, stetig zunehmenden Exporten von chinesischen Rüstungsgütern vor allem nach Afrika.** Der Nexus chinesischer Proliferationsbemühungen umfasst von Staatsunternehmen bis chinesischen Forschungseinrichtungen (auch im Ausland) eine von der Partei gesteuerte breit angelegte Bemühung, deren Unterbindung eine ebenso breit

angelegte Antwort erfordert. Die Bundesregierung muss dafür den Outreach in die deutsche Industrie und Forschungslandschaft ebenso wie die europäische Vernetzung verstärken. Die Bundesregierung nimmt auf Rechtsgrundlage der Verordnung (EU) Nummer 2021/281 (Dual-Use-Verordnung) eine Ausfuhr von Dual-Use-Gütern vor. Es braucht eine Überarbeitung des Kriterienkatalogs und klare Zuständigkeiten, so dass die damit verbundenen Einzelfallprüfungen zielgerichteter und rechtssicherer angewendet werden können, damit einer etwaigen Zweckentfremdung besser entgegengetreten werden kann.

Resilienz von Wirtschaft und Infrastruktur, Umwelt und Klima

- **Weil die Sicherheit und Verlässlichkeit unserer Wertschöpfungsketten, unserer Energie- und Rohstoffimporte Teil der nationalen und europäischen Sicherheit ist, müssen wir bestehende und entstehende Abhängigkeiten stärker überwachen.** China ist außerhalb der EU in den vergangenen Jahren Deutschlands wichtigster Handelspartner gewesen. Ein Decoupling von China ist aus deutscher und europäischer Perspektive weder realistisch noch wünschenswert. Die Handelsbeziehungen zu China müssen dennoch und gerade deswegen einer besonderen Analyse unterzogen werden. Wir fordern eine vom Deutschen Bundestag einzusetzende unabhängige **Chinapolitische Expertenkommission**, die dem Bundestag einen **jährlichen "China-Check"** im Hinblick auf Abhängigkeiten von China in Handels-, Technologie-, Digital-, Rohstoff- und Außenwirtschaftsfragen sowie einen systematischen Überblick über chinesische Investitionen in der kritischen Infrastruktur und technikbasierte Einflussnahmen vorlegt. Dieser Bericht sollte neben der Identifikation von Abhängigkeiten auch Handlungsoptionen zur Verringerung solcher Abhängigkeiten, für eine sogenannte De-Risking-Strategie, evaluieren. Wichtige Bereiche zur Analyse betreffen etwa Hochtechnologien, seltene Erden oder Technologien im Bereich der Erneuerbaren Energien. Handlungsoptionen sind nach einer Faustregel insbesondere dann vorzulegen, wenn in sensiblen Bereichen die Abhängigkeit mehr als ein Drittel des Imports beträgt. Wichtig ist auch, die chinesische Marktmacht beim jeweiligen Gut insgesamt in den Blick zu nehmen. Dabei ist nach Güterkategorie sowie kurzfristiger Substituierbarkeit (Substitutionselastizität) zu differenzieren. Abhängigkeiten sind vorrangig an der Qualität der Handelsbeziehungen, z.B. also einzelnen sensiblen Gütern, zu messen, aber auch der Handelsumfang insgesamt sowie Umsatz-/Gewinnabhängigkeiten sind zu berücksichtigen.
- **Wir müssen sicherstellen, dass geopolitische Risiken bei Investitionen in China künftig vor allem von den Unternehmen getragen werden, nicht von der Gesamtheit der Steuerzahler.** Deswegen muss der jährliche „China-Check“ (s.o.) auch etwaige Abhängigkeiten einzelner deutscher Unternehmen vom Export nach China sowie Investitionstätigkeiten in China berücksichtigen. Im Zuge des ersten, noch in diesem Jahr

vorzulegenden Berichts sollten u.a. Anwendungsbereich, Voraussetzungen und Wege einer Umsetzung sogenannter **Stresstestverpflichtungen für in China besonders exponierte Unternehmen**, mit denen Transparenz über bestehende geopolitische Risiken mit Bezug auf China geschaffen wird, sowie eines auf **ausgehende Investitionen zielenden Kontrollsystems** bewertet werden. Letzterem sollte eine differenzierte Analyse aktueller Investitionsflüsse aus Deutschland/EU zugrunde liegen und auf dieser Grundlage zunächst die Möglichkeit von Anzeigeregulungen für ausgehende Investitionen bewerten.

- **Im Lichte jüngster chinapolitischer Entwicklungen muss die Bundesregierung zudem endlich den nach § 32 des Außenwirtschaftsgesetzes längst fälligen Evaluierungsbericht zum Außenwirtschaftsrecht vorlegen.** Dabei muss die Bundesregierung auch ihre Lehren aus dem Fall der COSCO-Beteiligung an einem Terminal des Hamburger Hafens ziehen. Die Entscheidungshoheit des Bundes und Rechtssicherheit für Unternehmen müssen gleichermaßen gewahrt sein. So müssen etwa die Parameter zur Definition kritischer Infrastruktur in der Gesetzgebung zum Schutz kritischer Infrastruktur (Kritis-Dachgesetz) angepasst und Prüffristen bzw. Genehmigungsfiktionen auch im Sinne der Planungssicherheit für Unternehmen hinterfragt werden. Zusätzliche Versagemöglichkeiten bei der Übernahme kritischer Infrastruktur durch staatlich kontrollierte Unternehmen sollten eingeführt werden. Nicht nur aktuelle und künftige Beteiligungen chinesischer Unternehmen sind zu prüfen. Es gilt, u.a. im Rahmen des oben genannten China-Checks, auch bisherige Kooperationen im Rahmen der kritischen Infrastruktur intensiv zu beleuchten. Der Fall Hamburger Hafen hat jenseits der materiellen Rechtsfragen ein Transparenzdefizit der Bundesregierung im Umgang mit laufenden Investitionsprüfungsverfahren offenbart. Deswegen sollte die Bundesregierung, wie nun erstmals erfolgt, künftig regelmäßig und unaufgefordert im Bundestag Bericht zu Länder- wie Branchenbezug und Volumina laufender Verfahren erstatten. Die Bundesregierung muss darüber hinaus dringend erklären, wie sie die u.a. von US-amerikanischer Seite jüngst verschärften Exportkontrollen und -Hindernisse für bestimmte technologische Güter bewertet und im Lichte dieser Bewertung die eigenen Kriterien nachschärfen. Gerade im Bereich von kritischen Technologien braucht es eine solche Verschärfung der Exportkontrollrichtlinien.
- **Der Fall des Hamburger Hafens hat gezeigt, dass der Bundesregierung eine Infrastrukturstrategie fehlt, die geopolitische und geökonomische Risiken ausreichend berücksichtigt.** Jeglicher Einfluss Chinas auf Technologieinfrastruktur in Deutschland gehört auf den Prüfstand (China-Check, s.o.). Eine besondere Bedeutung kommt dabei unserer Telekommunikationsinfrastruktur zu. Mit dem IT-Sicherheitsgesetz 2.0 haben wir der Bundesregierung noch im Jahr 2021 Instrumente an die Hand gegeben, den Einbau von Komponenten nicht-vertrauenswürdiger Hersteller in kritischen Infrastrukturen zu untersagen (§9b BSI-Gesetz –

BSIG). Autoritäre Staaten mit staatsgelenkten Unternehmen dürfen zu keinem Zeitpunkt die Kontrolle über unsere Mobilfunkinfrastruktur oder auch nur Teile dessen erhalten. Zudem muss die Bundesregierung im Laufe dieses Jahres zum Beispiel dringend eine Nationale Hafenstrategie präsentieren und auf EU-Ebene Beratungen über eine gemeinsame europäische Hafenstrategie vorantreiben. Teil der Hafenstrategie sollte auch hier ein Stresstest sein, der analysiert, ob sich durch Beteiligungen von Unternehmen aus Drittstaaten an kritischer Hafeninfrastruktur Abhängigkeiten oder Risiken für die nationale/europäische Sicherheit oder die Aufrechterhaltung kritischer Infrastrukturen ergeben. In ähnlicher Weise muss dies auch für die übrige kritische Energie- und Verkehrsinfrastruktur (u.a. der Bahninfrastruktur) verfolgt werden.

- **Wir müssen die deutsche, europäische und transatlantische Klimaaußenpolitik mit und gegenüber China stärken.** China ist der mit Abstand größte Emittent und die notwendige Eindämmung des globalen Temperaturanstiegs und Steigerung der Resilienz, wie in Paris beschlossen, ist nur unter Beteiligung einer aktiven Klimapolitik Chinas umzusetzen. Eine strategische Klimaaußenpolitik braucht mit Blick auf China im allseitigen Interesse kontinuierlich funktionierende diplomatische Kanäle. Unser Ziel ist u.a. ein globaler Emissionshandel mit einem globalen CO₂-Preis. Deutschland hat beim Aufbau des Emissionshandels in China beratend mitgewirkt, solche Kooperationen gilt es zu stärken. Für die Glaubwürdigkeit in weiteren Verhandlungen ist es von erheblicher Bedeutung, dass die Finanzierungszusagen der Industrieländer für Klimaanpassung und Klimaschutz in Entwicklungsländern so schnell wie möglich sowie dauerhaft eingelöst werden. Darüber hinaus ist nur auf dieser Grundlage zu erwarten, dass viele besonders verletzliche Länder ihre Interessen auch gegenüber dem größten Emittenten deutlich artikulieren. Da der größte Teil des Emissionswachstums dieses Jahrhunderts in der Region des Indo-Pazifiks stattgefunden hat, liegt eine klimapolitische Kooperation, wie sie etwa mit Indonesien und Vietnam vereinbart wurde und mit Indien verhandelt wird, in unserem klima- und sicherheitspolitischen Interesse. Gerade die pazifischen Inselstaaten und weitere besonders betroffene Staaten in dieser und anderen Regionen müssen wir beim Umgang mit klimawandelbedingten Risiken, einschließlich Sicherheitsrisiken, u.a. im Weltsicherheitsrat und im Rahmen der VN-Klimaverhandlungen, weiterhin unterstützen. Besonderer Aufmerksamkeit bedürfen die ökologischen Veränderungen im Bereich des unteren Mekongbeckens, die auf chinesische Staudammprojekte zurückzuführen sind. Das Thema Wasser nimmt in der chinesischen „Mekong-River-Politik“ weiter eine übergeordnete Rolle ein. Es braucht einen intensiveren Austausch mit der Mekong River Commission und den damit verbundenen Ländern, um diese wirksam hinsichtlich der damit verbundenen ökologischen Einflüsse zu unterstützen. Der Ausbau der Kooperation in Wissenschaft und Forschung auf dem Gebiet der Umwelt- und Klimaforschung kann – wenn er auf Augenhöhe stattfindet und den Abfluss kritischen geistigen

Eigentums vermeidet – einen wichtigen Beitrag leisten, der im deutschen und europäischen Interesse liegt.

Agenda für Souveränität und Wettbewerbsfähigkeit

- **Wir brauchen als Teil unserer Deutschland- und Europa-Strategie eine deutsche und europäische Souveränitäts-Agenda. Mit dieser Agenda stärken wir unsere eigenen Kapazitäten, treten dem chinesischen Streben nach Technologieführerschaft entgegen und reduzieren Abhängigkeiten bei strategisch wichtigen Gütern.** Wir müssen Deutschland als Forschungs- und Industriestandort stärken, um langfristig die Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz der EU zu sichern. Mit großer Sorge sehen wir, dass bei vielen relevanten Schlüsseltechnologien gegenwärtig einzig die USA in eine Konkurrenz mit China treten können, um eine chinesische Dominanz zu verhindern. Das betrifft u.a. solche Technologien, die China in seiner „Made in China 2025“-Strategie identifiziert hat. Bereiche wie Digitalisierung und Daten, KI- und Quantentechnologien, Maschinen und Roboter, Elektromobilität und Medizintechnologie stehen dabei im Fokus. Wir können den System- nicht ohne den Technologiewettbewerb denken und müssen deswegen systematisch und in Zusammenarbeit mit unseren Partnern unsere Stärken zu einer Technologieführerschaft weiterentwickeln. Wir müssen in Europa Schlüsseltechnologien definieren, bei denen wir ein höheres Maß an Souveränität und Resilienz erreichen wollen. Zur Umsetzung braucht es global konkurrenzfähig finanzierte Forschungs- und Technologieprogramme, global etablierte Transfermechanismen, insbesondere Meilenstein-Wettbewerbe und vorkommerzielle Beschaffung, und eine größere Innovationsfreundlichkeit in der Regulierung, von Datenschutz über Gentechnologien bis hin zur Anwendung künstlicher Intelligenz, nach dem Grundsatz: „so viel Freiheit und Technologieoffenheit wie möglich und so viel Regulierung wie nötig“. Auch mit Blick auf das Risiko, das von einer etwaigen Abschneidung von Taiwans Halbleiterprodukten von den internationalen Lieferketten für die europäische Wirtschaft ausgehen würde, muss die EU ihre eigenen Kapazitäten in diesem Bereich dringend ausbauen. Bei der Umsetzung unserer Souveränitäts-Agenda müssen wir den Ausbau von strategischen Technologiepartnerschaften forcieren, beispielsweise durch Forschungsk Kooperationen mit den USA, Kanada, Israel und weiteren Staaten.
- **Im Rahmen unserer Souveränitäts-Agenda müssen wir vor allem die europäische Digitalwirtschaft weiter stärken.** Chinas staatlich geförderte Inkubatoren und milliardenschwere Forschungscluster wie KI-Parks treiben die heimische Start-up-Szene an. Gleichzeitig bleiben chinesische Anleger im europäischen Raum in diversen Branchen investiert, wie im Maschinenbau, bei Konsumgütern, in der Automobilindustrie und Elektrotechnik, aber auch im Gesundheits- und Pharmasektor. Die chinesische Regierung zielt damit ebenso auf Wirtschaftswachstum im Inland, wie auf mehr technologische Unabhängigkeit und Zugang zu Know-how gerade

bei fortschrittlichen Technologien wie z.B. autonomes Fahren. Gerade mit Blick auf schleichende Übernahmen wichtiger Unternehmen, wie im Bereich Robotik geschehen, ist dies genau zu beobachten und ggf. frühzeitig entgegenzuwirken (s.o. zum Investitionskontrollrecht), auch mit eigenen bedeutsamen Investitionen in Hochtechnologiefeldern. Wir müssen uns dabei stärker von der Erkenntnis leiten lassen: So wie wirtschaftliche zu politischen Abhängigkeiten werden können, können technologische zu politischen Einflussmöglichkeiten werden. Die mit seiner wachsenden digitalen Reichweite einhergehenden Einflussmöglichkeiten Chinas – auch auf öffentliche Diskurse – sind genau zu beobachten.

- **Eine besondere strategische Bedeutung kommt im Rahmen der wirtschaftlichen Souveränitäts-Agenda auch der militärischen Dimension der Luft- und Raumfahrt zu.** Die Raumfahrt, insbesondere Satellitentechnik, hat eine hohe Bedeutung für die Aufrechterhaltung unserer Kommunikation und den Betrieb unserer Infrastrukturen. China hat binnen weniger Jahre sein Raumfahrtbudget verdoppelt und tritt mit der ersten Landung auf der Rückseite des Mondes zunehmend als Rivale auf. Raumfahrt sollte deshalb als ein querschnittliches Handlungsfeld der Bundesregierung definiert und in enger europäischer Kooperation verfolgt werden. Insbesondere gilt es, die eigenen Installationen und Infrastrukturen im Weltraum gegen die Aktivitäten anderer Akteure zu härten und verteidigen zu können sowie An- und Übergriffe auf eigene Schlüsselbereiche zu verhindern. Ein **nationaler Weltraumrat** nach Vorbild des US-Space Councils könnte zur ressortübergreifenden Zusammenarbeit und strategischen Planung eingerichtet werden. Auch sollten europäische Initiativen für sichere Konnektivität („IRIS2“) gestärkt werden.
- **Ein starkes europäisches Normierungs- und Standardisierungssystem sowie das Engagement europäischer Akteure in internationalen Normierungsgremien ist für die Umsetzung der Souveränitäts-Agenda von zentraler Bedeutung.** Im Kontext des globalen Systemwettbewerbs hat die strategische Bedeutung der technischen Normierung und Standardisierung deutlich zugenommen. China hat in den letzten Jahren in internationalen Standardisierungsgremien strategisch und erfolgreich darauf hingearbeitet, seinen Einfluss auszubauen, während Deutschlands und Europas Einfluss zurückgegangen ist. Gleichzeitig stellt Chinas staatlich dominiertes Normungs- und Standardisierungssystem eine enorme Herausforderung für das derzeit in Deutschland und der EU vorherrschende Modell der technischen Normung dar, das privat, freiwillig und selbstregulierend ist. Deutschland und die EU müssen mehr in den Aufbau von Normungs- und Standardisierungsexpertise investieren, dazu zählt die gezielte Förderung konkreter Normierungsprojekte im Rahmen der grünen und digitalen Transformation. Deutschland muss sich innerhalb der Europäischen Union für die Entwicklung gemeinsamer technologischer Standards zwischen der EU, den USA und Kanada in Schlüsseltechnologien (u.a. 5G, 6G, Künstlicher Intelligenz, Quantentechnologien)

starkmachen. Eine globale technologische Fragmentierung zu vermeiden, ist im Grunde im gegenseitigen Interesse, so dass in bestimmten Feldern auch die gezielte Kooperation mit China zur Erarbeitung und Geltung internationaler Normen und Standards Teil der Lösung sein kann.

- **Auch das ist elementarer Bestandteil unserer Deutschland-Strategie: Die Souveränität kann nicht ohne eine Agenda für Wettbewerbsfähigkeit gestärkt werden.** Wir brauchen attraktivere Rahmenbedingung für unseren starken Wirtschafts- und Industriestandort. Eine Abwanderung der Industrie muss verhindert werden, das würde die Abhängigkeiten erhöhen. Daher braucht es insbesondere wettbewerbsfähige Energiepreise, attraktive Unternehmenssteuern und weniger Bürokratie. Immer neue und tiefere Regulierung führen zu mehr Kosten und machen es der Wirtschaft schwerer, im Wettbewerb bestehen zu können. Es braucht vielmehr die richtigen Anreize und Freiräume, um sich noch stärker auf Innovation und Entwicklung neuer Produkte fokussieren zu können. Auch eine Überarbeitung des europäischen Wettbewerbsrechts ist notwendig. Es darf nicht dazu führen, dass europäische Firmen durch Versagung von Fusionen bewusst kleingehalten und im globalen Wettbewerb einen strategischen Nachteil gegenüber chinesischen Firmen erhalten, wie es bei der Untersagung der Zugsparten von Siemens und Alstom der Fall war.

Freiheit in Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft

- **Gesellschaftliche und kulturelle Beziehungen bieten Möglichkeiten zum Austausch und gegenseitigen Verständnis. Auf unerwünschte Einflussnahme aber müssen wir entschlossen reagieren.** Wir setzen uns für eine Stärkung des kulturellen Austauschs ein, u.a. durch die offizielle Anerkennung des zweiten Goethe-Instituts in Shanghai. Gleichzeitig müssen wir die Arbeit der insgesamt 19 Konfuzius-Institute in Deutschland und jener in Europa kritischer hinterfragen. Auch hier muss das Prinzip der Reziprozität Eingang finden. Mit Sorge sehen wir sogenannte „Übersee-Polizeistationen“; von ihnen ausgehende Eingriffe in die Souveränität und Wahrnehmung von Hoheitsaufgaben sind nicht akzeptabel. Das müssen wir gerade im Hinblick auf die chinesische Diaspora eng im Blick behalten, der wir stärker unser Angebot zur Integration aussprechen müssen und deren verschiedenen Stakeholder klarer benannt werden müssen, um somit ein besseres Verständnis der Diaspora zu entwickeln. Der bisherige Austausch der deutschen und chinesischen Zivilgesellschaft etwa zu Themen der Klimapolitik, zum Völkerrecht und der Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung und Menschenrechte sollte systematisch erfasst, im Lichte der Strategie evaluiert und in strategischen Handlungsfeldern unterstützt werden. Im Bildungssektor sollte verstärkt Chinesisch-Unterricht angeboten werden, damit Schülerinnen und Schüler schon frühzeitig die Möglichkeit haben eine grundlegende China-Kompetenz zu entwickeln. Während chinesischen Schülern in China schon frühzeitig ein Bild des „Westens“ im Unterricht vermittelt

wird, fehlt dieser Aspekt in der deutschen Landschaft weitestgehend. Für die zukünftige Entwicklung einer China-Kompetenz muss eine adäquate Basis in der Bildung gelegt werden.

- **Versuche chinesischer Einflussnahme auf die Arbeit von deutschen Universitäten sind nicht hinnehmbar.** Die deutschen Hochschulen sind unter Achtung der Hochschulautonomie dazu angehalten, ihre Resilienz durch Angebote des Bundes zur Sensibilisierung auf etwaige Versuche sowie Strategien chinesischer Einflussnahme auszubauen. Hochschulen sollten ihre Zusammenarbeit mit Konfuzius-Instituten fortlaufend hinterfragen und einen engen Austausch mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz sowie dem Bundesnachrichtendienst pflegen. Darüber hinaus gilt es in Deutschland die China-Kompetenz auszubauen. In besonderer Weise sollte die kritische China-Forschung in Deutschland gestärkt werden. Versuche der Einschüchterung von Wissenschaftlern, das Aufführen von Forschungseinrichtungen auf chinesischen Sanktionslisten oder die systematische Versperrung des Forschungsgegenstandes „China“ sind für Deutschland nicht hinnehmbar und deutlich zurückzuweisen. Die Situation chinesischer Schüler, Studierender und Wissenschaftler in Deutschland und Europa verdient mehr Aufmerksamkeit. Ihnen müssen wir Chancen eröffnen und zugleich den Gefahren von Technologietransfers oder der Verbreitung chinesischer Narrative entgegenwirken. Wir müssen die Sensibilisierung von Wissenschaft und Forschung, gerade auch im Hinblick auf Zukunftstechnologien wie Künstlicher Intelligenz und Quantentechnologien, weiterentwickeln. Wissenschaftsorganisationen sollen sich, unter Achtung der Wissenschaftsfreiheit, im Rahmen der Allianz der Wissenschaftsorganisationen konkrete, einheitliche und verbindliche Richtlinien für Kooperationen in Wissenschaft und Forschung mit Drittstaaten außerhalb der Europäischen Union geben. Es ist unabdingbar, dass das verfügbare Angebot an Austausch- und Beratungsmöglichkeiten des Bundesamtes für Verfassungsschutz und des Bundesnachrichtendienstes in Intensität und Umfang für Wissenschaftseinrichtungen weiter ausgebaut wird. Zu einem engen Austausch zwischen der Allianz der Wissenschaftsorganisationen und den Diensten wird geraten. Stärkere Compliance-Regelungen für handelnde Personen sind ein Mittel, um verbindliche Leitlinien effektiver zu konkretisieren.
- **Die Stärkung der – weltweiten – Wissenschaftsfreiheit muss eine herausragende Bedeutung einnehmen.** Deutschland muss sich auf allen Ebenen dafür einsetzen, das Vertrauen in wissenschaftliche Erkenntnisse und in die Freiheit der Wissenschaft zu stärken, um gesamtgesellschaftlichen und globalen Herausforderungen, etwa dem Klimawandel, durch wissenschaftliche Exzellenz und Innovation zu begegnen. Die Freiheit von Forschung und die Exzellenz von Forschung sind für uns nicht trennbar. Deutschland muss sich in diesem Sinne mit ganzer Kraft im Rahmen der Europäischen Union und im Verbund u.a. mit den USA und Kanada für ein abgestimmtes Vorgehen gegen Versuche der

Einflussnahme auf die Freiheit von Wissenschaft und Lehre durch autoritäre Regime einsetzen.

2. Strukturelle Veränderungen in der Bundesregierung zur Umsetzung einer neuen China-Politik

Eine Re-Justierung der deutschen und europäischen China-Politik kann ohne Strukturveränderungen nicht erfolgreich umgesetzt werden. Die alle Regierungsteile betreffende umfassende Herausforderung des Umgangs mit China unterstreicht die Notwendigkeit eines im Bundeskanzleramt angesiedelten Nationalen Sicherheitsrates, der die Kohärenz in der Chinapolitik gewährleistet. Folgende gezielte Maßnahmen innerhalb der Bundesregierung sind aus Sicht der CDU/CSU-Fraktion zudem notwendig:

- **Die China-Politik muss regelmäßiger Bestandteil der Koordinierung innerhalb der Bundesregierung sein. Zu diesem Zweck ist eine Staatssekretärsrunde zur China-Politik zu berufen**, die regelmäßig tagt und für Kohärenz in der China-Politik sorgt. Zudem muss China mindestens einmal im Quartal als fester Diskussionspunkt auf der Tagesordnung der Kabinettsitzung stehen. In spezifischen, prioritären Arbeitsfeldern sollten ressortübergreifende China-Arbeitsgruppen gegründet werden. Dabei müssen Wirtschaftspolitik, globale Sicherheitspolitik und strategische Kooperation mit Partnern in der Region eine gleichrangige Bedeutung haben.
- **Die Bundesregierung muss ein „Kompetenzzentrum China“, das dem Bundeskanzleramt zugeordnet ist, schaffen. Geleitet wird es von einem einzurichtenden China-Beauftragten der Bundesregierung.** Das Kompetenzzentrum dient als Anlaufstelle für Länder und Kommunen und sorgt so für Kohärenz in der innerstaatlichen China-Politik. Dabei geht es u.a. um Risiken bei chinesischen Investitionen in Unternehmen und öffentliche Einrichtungen. Das Kompetenzzentrum soll auch durch die deutliche Ausweitung nachrichtendienstlicher Expertise mit Blick auf China unterstützt werden. Dazu müssen unsere Nachrichtendienste gezielt gestärkt und intensiver in die Erstellung eines umfassenden Lagebildes einbezogen, insbesondere die Spionageabwehr und Cyberabwehr müssen deutlich ausgebaut und teilweise neu aufgestellt werden. Darüber hinaus sollte ebenfalls ein „Kompetenzzentrum China“ auf Ebene der EU eröffnet werden.
- **Das Thema wirtschaftliche Sicherheit sollte im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz auf Staatssekretärsbene verankert werden;** vergleichbar mit dem japanischen Minister für wirtschaftliche Sicherheit (*economic security*). **Das Thema Klimasicherheit sollte in einem wieder zu reaktivierenden Klimakabinett verankert sein,** das

mindestens zweimal im Jahr Klimasicherheit speziell mit Blick auf China behandelt.

- **Die China-Kompetenz muss in Deutschland auf allen staatlichen Ebenen, vor allem in der Bundesregierung gestärkt werden.** Beispielsweise sollten neue Mitarbeiter im höheren Dienst oberster Bundesbehörden in ihren ersten zwei Berufsjahren verpflichtend einen China-*Exposure*-Kurs durchlaufen, der in enger Zusammenarbeit mit herausgehobenen Forschungsinstitutionen zu China in Deutschland zu konzipieren ist.
- **Institutionen der China-Forschung müssen deutlich mehr und institutionalisiert gefördert werden,** um gezielt und langfristig das Wissen über China auszubauen. Es gilt, die unabhängige, angewandte und praxisnahe China-Forschung auszubauen und entsprechende Mittel bereitzustellen. Zur Praxisorientierung zählt auch, durch attraktive Angebote die Zusammenarbeit mit Heim-/Rückkehrern, die über langjährige Erfahrung in der Volksrepublik China verfügen, zu verstärken. Auch die strategische Vorausschau und Szenarioplanung mit Blick auf China ist angesichts der enormen und strategischen Auswirkungen der Entwicklungen Chinas von herausragender Bedeutung. Wir treten für einen „**Expertenkreis Strategic Foresight on China**“ ein, der Bundesregierung und Parlament regelmäßig über die Entwicklungen in China informiert und berät. Für die Innenbehörden einschließlich des Verfassungsschutzes gilt es, ihre Kompetenzen mit Blick auf spezifische chinesische Sicherheits- oder Infiltrationsbedrohungen („Übersee-Polizeistationen“) als auch zur Beobachtung der Aktivitäten der chinesischen Diaspora in Deutschland auszubauen. Vielfach werden diese genutzt, um Dienste für die KPCh zu erfüllen. Eine Sensibilisierung muss auch auf europäischer Ebene erfolgen, dazu gehört ein verstärkter Informationsaustausch mit Partnerstaaten.

Eine kohärente, umfassende und effektive wirtschafts- und sicherheitspolitische China-Strategie beginnt mit einer Deutschland-Strategie, eingebettet in eine Europa-Strategie. Unsere Resilienz hängt wesentlich davon ab, dass wir unsere eigenen Kapazitäten und Fähigkeiten stärken. Deswegen sind die Rüstungspolitik ebenso wie eine ambitionierte Struktur- und Wachstumspolitik integraler Bestandteil einer kohärenten China-Strategie. Zugleich müssen geopolitische wie geökonomische Erwägungen zwingend Eingang in die Nationale Sicherheitsstrategie Deutschlands finden.

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Herausgeber: CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Thorsten Frei MdB
Stefan Müller MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin